

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 19 | 10.05.2019

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI II 112/2019

Verordnung der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, mit der ein bundesweit einheitlicher Richtsatz zur einmaligen Abgeltung der Nutzung von durch Recht gesicherten Leitungen oder Anlagen auch für die Errichtung, den Betrieb, die Erweiterung oder die Erneuerung von Kommunikationslinien durch deren Inhaber festgelegt wird (**Telekom-Richtsatzverordnung 2019** – TRV 2019)

BGBI II 118/2019

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Maßnahmen der Produktintervention (**FMA-Produktinterventionsverordnung** – FMA-PIV)

BGBI III 56/2019 (Anlage)

Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Rechtsstellung des zum **Militärstab** der Europäischen Union abgestellten beziehungsweise abgeordneten Militär- und Zivilpersonals, der Hauptquartiere und Truppen, die der Europäischen Union gegebenenfalls im Rahmen der Vorbereitung und Durchführung der Aufgaben im Sinne des Artikels 17 Absatz 2 des Vertrags über die Europäische Union, einschließlich Übungen, zur Verfügung gestellt werden, sowie des Militär- und Zivilpersonals der Mitgliedstaaten, das der Europäischen Union für derartige Aufgaben zur Verfügung gestellt wird (**EU-Truppenstatut**) samt Erklärungen

II. AMTSBLATT DER EU

ABI L 117 v 03.05.2019, 1

Richtlinie (EU) 2019/692 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Änderung der Richtlinie 2009/73/EG über gemeinsame Vorschriften für den **Erdgasbinnenmarkt**

ABI L 117 v 03.05.2019, 8

Berichtigung der Verordnung (EG) Nr 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von **Stoffen und Gemischen**, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 1907/2006 (ABI L 353 vom 31.12.2008)

ABI L 117 v 03.05.2019, 9

Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/745 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über **Medizin-produkte**, zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG, der Verordnung (EG) Nr 178/2002 und der Verordnung (EG) Nr 1223/2009 und zur Aufhebung der Richtlinien 90/385/EWG und 93/42/EWG des Rates (ABI L 117 vom 5.5.2017)

ABI L 117 v 03.05.2019, 11

Berichtigung der Verordnung (EU) 2017/746 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über **In-vitro- Diagnostika** und zur Aufhebung der Richtlinie 98/79/EG und des Beschlusses 2010/227/EU der Kommission (ABI L 117 vom 5.5.2017)

ABI L 120 v 08.05.2019, 1

Beschluss (EU) 2019/702 des Rates vom 15. April 2019 über den Abschluss des **Luftverkehrsabkommens** zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und **Kanada** andererseits, im Namen der Union

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

25.02.2019, E 400/2018

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander hinsichtlich der Abweisung eines Antrags auf internationalen Schutz und Erlassung einer Rückkehrentscheidung betreffend einen Staatsangehörigen Afghanistans; Willkür auf Grund mangelnder Auseinandersetzung und eigenständiger Ermittlungen hinsichtlich dem Vorbringen betreffend die Verfolgung durch die Taliban wegen Kooperation mit den US-Streitkräften

25.02.2019, <u>E 428/2018</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten und Erlassung einer Rückkehrentscheidung betreffend eine schwangere nigerianische Staatsangehörige auf Grund widersprüchlicher Begründung und mangelhafter Auseinandersetzung mit der Situation alleinstehender Frauen (mit Kind)

25.02.2019, E 1633/2018

FremdenpolizeiG; Feststellung der Verletzung im Recht auf Freiheit und Sicherheit (persönliche Freiheit) mangels Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über die Aufrechterhaltung des Freiheitsentzugs binnen einer Woche

25.02.2019, E 3632/2018

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des Antrags eines Staatsangehörigen von Gambia auf **internationalen Schutz** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend Asyl und subsidiären Schutz; mangelhafte Begründung, warum der Beschwerdeführer – vor dem Hintergrund der Länderfeststellungen – keine Gefahr auf Grund seiner Homosexualität zu gewärtigen hat

25.02.2019, E 4032/2018

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des Antrags eines afghanischen Staatsangehörigen auf **internationalen Schutz** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** auf Grund mangelhafter Auseinandersetzung mit der Zwangsrekrutierung durch die Taliban und der innerstaatlichen Fluchtalternative

25.02.2019, E 4141/2018 ua

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Zurückweisung eines Antrags auf internationalen Schutz wegen entschiedener Sache hinsichtlich der Nichtzuerkennung des subsidiären Schutzstatus und

Erlassung der Rückkehrentscheidung; kein Eingehen auf Aktenlage zu psychischer Erkrankung eines Kinds und Gefahren des Therapieabbruchs in Österreich

26.02.2019, E 2425/2018 ua

AsylG; Entzug des **gesetzlichen Richters** durch Entscheidung eines (männlichen) Richters des BVwG betreffend die Abweisung des **Status der Asylberechtigten** bei vorgebrachter drohender Zwangsverheiratung einer weiblichen Staatsangehörigen Afghanistans

26.02.2019, E 3079/2018

AsylG; Verletzung im Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens durch Bestätigung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen Staatsangehörigen des Benin; unzureichende Interessenabwägung mangels Auseinandersetzung mit dem Bestehen eines Familienlebens des Beschwerdeführers mit Ehefrau und Kind

26.02.2019, E 3837/2018 ua

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status von subsidiär Schutzberechtigten und Erlassung von Rückkehrentscheidungen auf Grund fehlender Berücksichtigung der Minderjährigkeit des Zweitbeschwerdeführers hinsichtlich der Beurteilung der Sicherheitslage in Nigeria

26.02.2019, E 4076/2018 ua

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status subsidiär Schutzberechtigter und Erlassung von Rückkehrentscheidungen einer afghanischen Familie mangels Prüfung des besonderen Schutzbedarfs auf Grund der Religionszugehörigkeit zu den Sikhs, der einer innerstaatlichen Fluchtalternative in Kabul ohne Unterstützungsnetzwerk entgegensteht

26.02.2019, <u>E 4224/2018</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Aufenthaltstitels** aus Gründen des Art 8 EMRK und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend eine nigerianische Staatsangehörige mangels Auseinandersetzung mit ihren minderjährigen Kindern und der Situation in Nigeria

26.02.2019, E 4675/2018 ua

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Nichtzuerkennung des Status des Asylberechtigten bzw subsidiär Schutzberechtigten für irakische Staatsangehörige; kein Begründungswert floskelhafter Passagen sowie Widerspruch der Begründung zu den Länderberichten

26.02.2019, E 4766/2018

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander betreffend die Nichtzuerkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten hinsichtlich eines irakischen Staatsangehörigen; widersprüchliche und mangelhafte Auseinandersetzung mit der Rückkehrmöglichkeit in die Herkunftsregion bzw in andere als sicher erachtete Regionen sowie mit der Möglichkeit, dorthin zu gelangen

12.03.2019, E 2314/2018 ua

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status der subsidiär Schutzberechtigten und Erlassung von Rückkehrentscheidungen betreffend eine siebenköpfige afghanische Familie; keine ausreichende Auseinandersetzung mit der konkreten Unterstützungsmöglichkeit für die Familie durch Angehörige der Mutter

13.03.2019, <u>E 1480/2018 ua</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status der subsidiär Schutzberechtigten und Erlassung von Rückkehrentscheidungen betreffend einen minderjährigen afghanischen Staatsangehörigen; keine Feststellung zur allgemeinen Gefährdungslage von Minderjährigen; keine ausrei-

chende Auseinandersetzung mit der Tatsache der Minderjährigkeit des gemeinsam mit seinen Eltern geflüchteten Beschwerdeführers

13.03.2019, <u>E 3767/2018</u>

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Abweisung eines Antrags auf **internationalen Schutz** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen afghanischen Staatsangehörigen mangels Ermittlungen zu den Folgen einer konfessionsfreien Lebensweise bzw mangels Durchführung einer mündlichen Verhandlung durch das BVwG

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

27.03.2019, Ra 2019/10/0017

SchulunterrichtsG; Nichtbeurteilung einer vorwissenschaftlichen Arbeit zum Thema "Die Rolle des Sports und der Leibeserziehung im Nationalsozialismus"; angesichts der unstrittigen Übernahme von wesentlichen Inhalten einer bestimmten, 2009 abgeschlossenen Masterarbeit in die vorwissenschaftlichen Arbeit des Rw, ohne dass dies in den Fußnoten oder im Quellen- und Schriftenverzeichnis der Arbeit dokumentiert wurde, liegt die Annahme "vorgetäuschter Leistungen" iSd § 18 Abs 4 SchulunterrichtsG auf der Hand

03.04.2019, Ro 2019/08/0003

ASVG; ArbeitslosenversicherungsG; der Rw war bei der Veranstalterin der Skiflug-Weltmeisterschaft als Vorspringer tätig; im Zuge des Einfliegens der Flugschanze kam dieser zu Sturz und erlitt dadurch eine nicht revidierbare Querschnittlähmung; der Rw war in persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit beschäftigt und unterlag damit der Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherungspflicht gem § 4 Abs 1 Z 1 iVm Abs 2 ASVG sowie der Arbeitslosenversicherungspflicht gem § 1 Abs 1 lit a ArbeitslosenversicherungsG

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 17.04.2019, LVwG-411664

VStG; abgesehen von der direkten Maßgeblichkeit der EMRK als verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte iSd Art 144 B-VG ist jedenfalls bei Sachverhalten, in denen die Durchführung von Unionsrechts vorliegt und damit die GRC unmittelbar zum Tragen kommt, sowie in Fällen mit Auslandsbezug, die eine Grundfreiheit iSd Art 28 ff AEUV und damit die GRC mittelbar tangieren, das Kumulationsprinzip des Art 22 Abs 2 VStG bei paralleler Verfolgung mehrerer Übertretungen in demselben bzw in konnexen Strafverfahren unionsrechtskonform dahin auszulegen, dass mehrere Strafen nur in einer solchen Höhe nebeneinander verhängt werden dürfen, dass sie insgesamt in einem angemessenen Verhältnis zur Schwere des Verstoßes stehen; ergänzend dazu ist in solchen Konstellationen auch die in § 20 VStG normierte starre Grenze, wegen Unionsrechtswidrigkeit unangewendet zu lassen

LVwG Oö 25.04.2019, LVwG-151209

VwGVG; nach den Angaben des Antragstellers bezieht er aus seiner Tätigkeit als selbständiger Landwirt ein jährliches Nettoeinkommen von rund € 4.500,-- sowie Mindestsicherung iHv rund € 290,-- monatlich; selbst unter Zugrundelegung dieses (geringen) Einkommens des Antragstellers bewirken die einmalige Bezahlung der Eingabegebühr von € 30,-- sowie der Kosten für eine (öffentliche) Anreise zu einer allenfalls durchzuführenden mündlichen Verhandlung vor dem LVwG keine Unterhaltsgefährdung des Antragstellers, weshalb die beantragte **Gebühren- und Kostenbefreiung** nicht zu gewähren ist

LVwG Oö 08.05.2019, LVwG-151903

Oö BauO; Nachbarn haben zwar grundsätzlich ein Mitspracherecht betreffend die Ausnutzbarkeit des Bauplatzes; dies gilt jedoch nur hinsichtlich der Einhaltung geltender Bestimmungen des Baurechts, eines Flächenwidmungsplans oder eines Bebauungsplans; existiert eine die Bebauung flächenmäßig bzw kubaturmäßig beschränkende Bestimmung nicht, hat der Nachbar sohin auch kein Recht auf Einhaltung einer behaupteten – ortsüblichen – Bebauung des Bauplatzes; ob die Gemeinde allenfalls einen Bebauungsplan oder Bestimmungen zur Wahrung eines einheitlichen Orts- und Landschaftsbilds zu erlassen hätte, begründet ebenso kein subjektiv-öffentliches Nachbarrecht im Baubewilligungsverfahren

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift "Spektrum der Rechtswissenschaft" (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

07.05.2019, Rs C-431/17, Monachos Eirinaios

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 98/5/EG – **Zulassung** zum Rechtsanwaltsberuf – **Mönch**, der seine Berufsqualifikation als Rechtsanwalt in einem anderen Mitgliedstaat als dem Aufnahmestaat erworben hat – Art 3 Abs 2 – Voraussetzung für die Eintragung bei der zuständigen Stelle des Aufnahmestaats – Bescheinigung über die Eintragung bei der zuständigen Stelle des Herkunftsstaats – Verweigerung der Eintragung – Berufs- und Standesregeln – **Unvereinbarkeit** der Eigenschaft als Mönch mit der Ausübung des **Rechtsanwaltsberufs**

08.05.2019, Rs C-24/17, Österreichischer Gewerkschaftsbund

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Verbot der Altersdiskriminierung – Richtlinie 2000/78/EG – Ausschluss der vor Vollendung des 18. Lebensjahrs erworbenen Berufserfahrung – Neues Besoldungs- und Vorrückungssystem – Beibehaltung der Ungleichbehandlung – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Art 45 AEUV – Verordnung (EU) Nr 492/2011 – Art 7 Abs 1 – Nationale Regelung, die eine teilweise **Anrechnung von Vordienstzeiten** vorsieht

08.05.2019, Rs C-396/17, Leitner

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Verbot der **Altersdiskriminierung** – Richtlinie 2000/78/EG – Ausschluss der vor Vollendung des 18. Lebensjahrs erworbenen Berufserfahrung – Neues Besoldungs- und Vorrückungssystem – Beibehaltung der Ungleichbehandlung – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Rechtfertigungsgründe

08.05.2019, Rs C-450/17 P, Landeskreditbank Baden-Württemberg

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungspolitik – Verordnung (EU) Nr 1024/2013 – Art 6 Abs 4 – Verordnung (EU) Nr 468/2014 – Art 70 Abs 1 – Aufsicht über **Kreditinstitute** – Der Europäischen Zentralbank (**EZB**) übertragene Aufgaben – Einheitlicher **Aufsichtsmechanismus** – Wahrnehmung dieser Aufgaben durch die zuständigen nationalen Behörden – "Weniger bedeutendes" Kreditinstitut – "Besondere Umstände", die die Einstufung eines Kreditinstituts als "weniger bedeutend" rechtfertigen

08.05.2019, Rs C-494/17, Rossato und Conservatorio di Musica FA Bonporti

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Befristete Arbeitsverträge** – Mit einem Arbeitgeber des **öffentlichen Sektors** abgeschlossene Verträge – Maßnahmen zur Ahndung des missbräuchlichen Rückgriffs auf befristete Arbeitsverträge – Umwandlung eines Arbeitsverhältnisses in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis – Beschränkung der Rückwirkung der Umwandlung – Fehlende finanzielle Entschädigung

08.05.2019, Rs C-566/17, Związek Gmin Zagłębia Miedziowego

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 168 Buchst a – **Vorsteuerabzug** – Grundsatz der Neutralität der Mehrwertsteuer – Steuerpflichtiger, der sowohl **wirtschaftliche** als auch **nichtwirtschaftliche** Tätigkeiten ausübt – Gegenstände und Dienstleistungen, die sowohl für Zwecke der Erzielung von mehrwertsteuerpflichtigen als auch von nicht der Mehrwertsteuer unterliegenden Umsätzen erworben wurden – Fehlende Kriterien für die Aufteilung in den nationalen Rechtsvorschriften – Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Besteuerung

08.05.2019, Rs C-568/17, Geelen

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Mehrwertsteuer** – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 9 Abs 2 Buchst c und e – Richtlinie 2006/112/EG – Art 52 Buchst a – Art 56 Abs 1 Buchst k – Dienstleistungen – Ort der steuerbaren Umsätze – Steuerliche Anknüpfung – Interaktive erotische **Live-Webcam-Darbietungen** – Tätigkeit auf dem Gebiet der Unterhaltung – Begriff – Ort, an dem die Dienstleistungen tatsächlich bewirkt werden

08.05.2019, Rs C-580/17, Järvelaev

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Agrarpolitik** – Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Verordnung (EG) Nr 1698/2005 – Zeitliche Geltung – Art 72 – Dauerhaftigkeit investitionsbezogener Vorhaben – Erhebliche Veränderung bei dem kofinanzierten Vorhaben – Mittels eines aus dem **ELER kofinanzierten Investitionsvorhaben** erworbenes und von dem Begünstigten der Förderung an einen Dritten vermietetes Objekt – Finanzierung, Verwaltung und Kontrollsystem der Gemeinsamen Agrarpolitik – Verordnung (EG) Nr 1306/2013 – Art 54 und 56 – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, infolge von Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen zu Unrecht gezahlte Beträge zurückzufordern – Begriff "Unregelmäßigkeit" – Einleitung des Wiedereinziehungsverfahrens

08.05.2019, Rs C-631/17, Inspecteur van de Belastingdienst

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit der **Wanderarbeitnehmer** – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 11 Abs 3 Buchst e – Angehöriger eines Mitgliedstaats, der als **Seemann** an Bord eines unter der Flagge eines Drittstaats fahrenden Schiffes beschäftigt ist – Arbeitgeber mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnmitgliedstaat des Arbeitnehmers – Bestimmung des anwendbaren Rechts

08.05.2019, Rs C-712/17, EN SA

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Fiktive Umsätze – Unmöglichkeit des Abzugs der Steuer – Verpflichtung des **Rechnungsausstellers**, die darin enthaltene **Mehrwertsteuer** zu entrichten – **Geldbuße** in Höhe der zu Unrecht abgezogenen Mehrwertsteuer – Vereinbarkeit mit den Grundsätzen der Neutralität der Mehrwertsteuer und der Verhältnismäßigkeit

08.05.2019, Rs C-25/18, Kerr

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit und Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 7 Nr 1 Buchst a – Besondere Zuständigkeit, wenn ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag den Gegenstand des Verfahrens bilden – Begriff "Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag" – Entscheidung der Hauptversammlung der Miteigentümer eines Gebäudes – Verpflichtung der Miteigentümer, die mit dieser Entscheidung festgesetzten Jahresbeiträge zum Haushalt der Eigentümergemeinschaft zu entrichten – Klage auf Erfüllung dieser Verpflichtung – Auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendendes Recht – Verordnung (EG) Nr 593/2008 – Art 4 Abs 1 Buchst b und c – Begriffe "Dienstleistungsvertrag" und "Vertrag, der ein unbewegliches Recht zum Gegenstand hat" – Entscheidung der Hauptversammlung der Miteigentümer eines Gebäudes über die Ausgaben für die Instandhaltung von dessen gemeinschaftlichen Bereichen

08.05.2019, Rs C-53/18, Mastromartino

Vorlage zur Vorabentscheidung – Märkte für Finanzinstrumente – Richtlinie 2004/39/EG – Art 8, 23, 50 und 51 – Anwendungsbereich – **Finanzberater** außerhalb der Geschäftsräume der Firma – Vermittler, der Angeklagter in einem **Strafverfahren** ist – Nationales Recht, das die Möglichkeit vorsieht, die Ausübung der Tätigkeit vorübergehend zu verbieten – Grundfreiheiten – Rein interner Sachverhalt – Unanwendbarkeit

08.05.2019, Rs C-127/18, A-PACK CZ

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Art 90 und 273 – Vollständige oder teilweise **Nichtbezahlung** des dem Steuerzahler aus einem mehrwertsteuerpflichtigen Umsatz geschuldeten Betrags durch den **Schuldner** – **Steuerbemessungsgrundlage** – Verminderung – Grundsätze der steuerlichen Neutralität und der Verhältnismäßigkeit

08.05.2019, Rs C-194/18, Dodič

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – **Übergang von Unternehmen** – Richtlinie 2001/23/EG – Art 1 Abs 1 – Geltungsbereich – Kriterien für die Beurteilung des Übergangs – Übergang des Kundenstamms – Übergang sämtlicher Finanzdienstleistungen von einer Bank auf eine Börsengesellschaft unter Ausschluss des Übergangs des Personals

08.05.2019, Rs C-230/18, PI

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 49 AEUV – Art 15 Abs 2 und Art 16 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Niederlassungsfreiheit** und **freier Dienstleistungsverkehr** – Beschränkung – Sofortige **Schließung eines Gewerbebetriebs** – Fehlende Begründung – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses – Verhinderung von Straftaten gegenüber Prostituierten – Schutz der öffentlichen Gesundheit – Verhältnismäßigkeit der Beschränkung der Niederlassungsfreiheit – Art 47 und 48 der Charta der Grundrechte – Wirksamkeit der gerichtlichen Kontrolle – Verteidigungsrechte – Allgemeiner Grundsatz des Rechts auf eine gute Verwaltung

08.05.2019, Rs C-243/18 P, Gemeinsames Unternehmen Fusion for Energy / Galocha

Rechtsmittel – **Öffentlicher Dienst** – Beamte – **Auswahlverfahren** – Aufhebungsurteil – Umfang der Aufhebung – Abwägung der bestehenden Interessen – Aufhebung der Reservelisten – Aufhebung der Entscheidungen, in diese Listen aufgenommene erfolgreiche Bewerber einzustellen

08.05.2019, Rs C-253/18, Rhenus Veniro

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verkehr – Öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße – Verordnung (EG) Nr 1370/2007 – Art 5 Abs 1 und 2 – Direktvergabe – Verträge über öffentliche Personenverkehrsdienste mit Bussen und Straßenbahnen – Voraussetzungen – Richtlinie 2014/24/EU – Art 12 – Richtlinie 2014/25/EU – Art 28

08.05.2019, Rs C-305/18, Associazione "Verdi Ambiente e Società - Aps Onlus" ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Umwelt – Richtlinie 2008/98/EG –Verwertung bzw Beseitigung von Abfällen – Einrichtung eines **integrierten Abfallbewirtschaftungssystems** zur Sicherstellung der nationalen Entsorgungsautarkie – Errichtung von Verbrennungsanlagen bzw Erhöhung der Kapazität bestehender Anlagen – Einstufung der Verbrennungsanlagen als "strategische Infrastrukturen und Einrichtungen von vorrangigem nationalen Interesse" – Einhaltung des Grundsatzes der "**Abfallhierarchie**"– Richtlinie 2001/42/EG – Erfordernis der Vornahme einer "Umweltprüfung"

08.05.2019, Rs C-486/18, Praxair MRC

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 96/34/EG – Rahmenvereinbarung über den **Elternurlaub** – Paragraf 2 Nr 6 – Unbefristet und in Vollzeit angestellter Arbeitnehmer in Elternurlaub auf **Teilzeitbasis** – Entlassung – **Entlassungsentschädigung** und Zuwendung für einen Wiedereingliederungsurlaub – Berechnungsmodalitäten – Art 157 AEUV – Gleiches Arbeitsentgelt für Männer und Frauen – Elternurlaub auf Teilzeitbasis, der im Wesentlichen von Arbeitnehmerinnen genommen wird – Mittelbare Diskriminierung – Objektiv gerechtfertigte Faktoren, die nichts mit einer Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu tun haben – Fehlen

B. SCHLUSSANTRÄGE

08.05.2019, Rs C-168/18, Pensions-Sicherungs-Verein (GA Hogan)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der Arbeitnehmer bei **Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers** – Richtlinie 2008/94/EG – Art 8 – Zusatzversorgungseinrichtungen – Schutz der Ansprüche auf Leistungen bei Alter – Anwendungsbereich – Ausgleich einer vorherigen **Rentenkürzung** durch den früheren Arbeitgeber – Garantiertes Mindestschutzniveau – Unmittelbare Wirkung gegenüber einer betrieblichen Zusatzversorgungseinrichtung

08.05.2019, Rs C-267/18, Delta Antrepriză de Construcții și Montaj 93 (GA Campos Sánchez-Bordona)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2014/24/EU – Öffentliche Aufträge – Fakultative Ausschlussgründe – Ausschluss eines Wirtschaftsteilnehmers von der Teilnahme an einem **Vergabeverfahren** wegen der Kündigung eines früheren Auftrags infolge der Vergabe eines Unterauftrags, der dem öffentlichen Auftraggeber nicht mitgeteilt worden war – Begriff der erhebli-

chen oder dauerhaften Mängel – Zurückhalten von Auskünften über die Beendigung des früheren Auftrags – Auskünfte über die Beteiligung von Unterauftragsnehmern an der Auftragsausführung – Ziele und Zwecksetzungen – Schwere des **Zurückhaltens von Auskünften**

C. GERICHT

07.05.2019, T-239/17, Deutschland / Kommission

EGFL und ELER – Von der Finanzierung ausgeschlossene Ausgaben – Ausgaben Deutschlands – Pauschale finanzielle Berichtigung wegen unzulänglicher Häufigkeit der Schlüsselkontrollen – Verpflichtung zur jährlichen Berechnung und Verbuchung der Zinsen – Art 31 und 32 der Verordnung (EG) Nr 1290/2005 – Art 6 Buchst h der Verordnung (EG) Nr 885/2006 – Begründungspflicht – Verhältnismäßigkeit

08.05.2019, T-55/18, Team Beverage / EUIPO (LIEBLINGSWEIN)

Unionsmarke – Anmeldung der Unionsbildmarke **LIEBLINGSWEIN** – Absolute Eintragungshindernisse – Beschreibender Charakter – Fehlende Unterscheidungskraft – Irreführender Charakter – Art 7 Abs 1 Buchst b, c und g der Verordnung (EU) 2017/1001

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren
Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.* **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung). Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.